

vollgelesen wurde; auch die Gesetze über den Waisenschein des Bergins und Verammlungsrecht, sowie über die Bestrafung des Holzdiebstahls.

Aus Preußen liegen Nachrichten von besonderer Bedeutung nicht vor, es müßte denn der Depesche vom 18. Juli, worin das preussische Cabinet die bekannte Deust'sche Depesche an Herrn Staatsminister von Friesen mit Entschiedenheit zurückweist, eine besondere Tragweite gegeben werden. Allerdings wird nicht mit Unrecht auf die Worte verwiesen, welche Graf Bismark am 22. April d. J. im Reichstage sprach, nämlich: „Wenn wir anfangen, Depeschen amtlich zu veröffentlichen, so können Sie dies fast immer als Symptom einer ziemlich ernstern Situation ansehen, welche anfängt, zwischen uns und den Regierungen, an welche die Depesche gerichtet ist, sich zu entwickeln. Es ist der Ausdruck des Wunsches, daß das Publikum Kenntniß davon nehme, wie die Sachen liegen, weil wir entschlossen sind, dieselben weiter zu verfolgen auf die Gefahr hin, daß wir die Betheiligung der öffentlichen Meinung in ihrer vollen Kraft bedürfen würden.“ Diesen Ausdruck auf die Depesche vom 18. Juli angewendet, ergiebt so viel, daß zur Zeit zwischen Preußen und Oesterreich an Stelle der „freundlichen Beziehungen“ die sogenannten „gespannten Verhältnisse“ getreten sind. Trotzdem ist es noch sehr weit bis zu einem wirklichen Conflict, und wäre selbst dieser eingetreten, noch eben so weit zum Kriege. Würde der österreichische Reichscanzler nicht gar so schreiblustig sein, wofür ihn übrigens die englische, ja selbst die französische Presse tadelt, so würde das ganze Journalgezühl nicht erst entstanden sein. Und das wäre für Handel und Verkehr jedenfalls am besten.

In Oesterreich berathen die Delegationen über das Budget und obgleich der Kaiserstaat verhältnißmäßig bescheidenere Ansprüche für das Kriegsministerium macht, als der norddeutsche Bund, ist es ohne bedeutende Abstriche nicht abgegangen. Die Erhöhung der Gehalte wurde nur bis zum Major bewilligt. — Sonst macht die Klostergeschichte in Krakau noch immer viel Lärm und veranlaßt zu weitgehenden Forderungen hinsichtlich der Aufsicht und Beschränkung des Klosterwesens. Auch die Angelegenheit des Bischofs von Linz fährt trotz seiner Begnadigung fort, die Gemüther zu beschäftigen. Der Erzbischof von Wien, Cardinal Rauscher, hat ein Schreiben an den Ministerpräsidenten, Grafen Taaffe, gerichtet, in welchem er sich ganz auf Seite des Bischofs stellt. Schließlich mag eine Erklärung des Grafen Deust im Budget-Ausschusse noch Erwähnung finden; derselbe äußerte: wenn der Frieden innerhalb vier Jahren nicht gestört würde, dann könne man ihn für längere Zeit als gesichert ansehen. Wozu diese ewigen Kriegsdrohungen und dann wieder Friedensversicherungen nützen sollen, ist nicht recht ersichtlich, wenn man sie nicht als Pressionsmittel für die Volksvertretungen betrachten will.

Das Ministerium Menabrea hat in Italien keinen leichten Stand, denn die Gemeindevahlen sind überwiegend radical ausgefallen und Ratazzi steht schon wieder auf der Lanze.

Das Ministerium liegt jetzt der Schwere des Senatscomitatus vor, welcher das Franzosen endlich die Krönung des Gebäudes, die so lange ersehnte Freiheit, bringen soll. Große Zufriedenheit erweckt aber das kaiserliche Gnadengeschenk nirgends. Es sind ganz nichtsagende Concessionen, welche Napoleon III. macht, Concessionen, deren Werth am besten durch den Passus charakterisirt wird, welcher von der Minister-Verantwortlichkeit handelt. Nach dem Entwurf hängen nämlich die Minister allein vom Kaiser ab, trotz ihrer Verantwortlichkeit. In's einfache schlichte Deutsch übersetzt, heißt dies soviel, als: die Minister müssen thun, was der Kaiser ihnen befiehlt, und wenn das der Volksvertretung nicht gefällt, so hat sie das Recht, darüber zu — sprechen. In der That bestehen die ganzen Reformen nur etwa darin, daß sich der gesetzgebende Körper ungefähr wieder auf dem Standpunkte und in der Stellung befindet, welchen er unter Louis Philipp einnahm. Was nützt es, wenn man dem gesetzgebenden Körper jetzt zuruft: Ihr müßt nur die Rechte, die Euch ertheilt worden sind, recht ausbenten! Wird nicht der erste Conflict, der aus dieser Ausbentung hervorginge, sich bald gegen ihn wenden? Ist eine günstige Lösung wohl möglich, wo sich die Nation, wie Herr Rouher sagt, in dem Rechte gefällt, „vor ihrer Regierung eine absolute Sicherheit gegen die gewaltthätigen Leidenschaften, die wahnsinnigen Hoffnungen und den unverdächtigen Haß zu erheischen?“ Wir glauben — damit ist genug gesagt und wer noch an der Hoffnung festhält, daß sich Frankreich fortan nur auf der Bahn des friedlichen Ausbaues bewegen werde, dem halten wir die Frage entgegen: ob etwa die Periode des Cäsarismus mit diesem Wendepunkte ihren Abschluß gefunden hat? Ein cäsaristischer Nothbehelf sind alle diese Concessionen, nichts weiter, aber die Stunde wird nicht ausbleiben, wo die Gleichgültigkeit ihre Endschafft erreicht. Die meisten französischen Blätter, von servilen Regierungs-Organen sehen wir selbstverständlich ab, fassen die Situation nicht anders auf. „Die Gefahr“, sagt die „Liberté“, „welche die Existenz der Regierung sehr ernstlich bedroht, ist ihr blindes Beharren in dem abscheulichen Gleise, welches die Republik von 1848, die Monarchie von 1830 und die Restauration von 1815 zu Grunde gerichtet hat.“ Selbst Männer wie Thiers erklären sich entschieden gegen den Entwurf und das will Alles sagen. Der einmal erwachte Freiheitsdrang läßt sich durch solche Schein-Concessionen nicht abspesen.

Die Nachrichten aus Spanien enthalten nichts Bemerkenswerthes. Die carlistische Bewegung, dies geht aus ihnen hervor, ist im Absterben begriffen.

Der Vicekönig von Egypten ist direct in sein Land zurückgekehrt, ohne Constantinopel zu berühren. Der Sultan, so berichtete vor einigen Tagen der Telegraph, soll ihm mit scharfen Maßregeln gedroht haben, wenn er sein politisches Verhalten nicht vollständig zu rechtfertigen vermöge. Diese Mittheilung stößt jedoch auf Zweifel. Die „Indep. belge“ will nicht glauben, daß ein factischer Conflict zwischen der Pforte und Egypten ausbrechen könnte.